

„Keine Industrialisierung der Medizin“

KVB und KZVB haben klare Erwartungen an die Politik

Die Landtagswahl am 14. Oktober wirkt sich auch auf die Gesundheitspolitik im Freistaat aus. Die Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KVB und KZVB) haben in einem gemeinsamen Positionspapier formuliert, was sie von der Politik erwarten.

Präambel

Die vertragszahnärztliche, vertragsärztliche und psychotherapeutische Versorgung mag sich in vielen Punkten unterscheiden und durch unterschiedliche Regelungen und Problemstellungen geprägt sein. Trotzdem eint die Vorstände von KVB und KZVB ein gemeinsames Verständnis der Berufsausübung und der Rolle der Selbstverwaltung.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die ambulante Versorgung in ärztlicher, zahnärztlicher und psychotherapeutischer Hand verbleiben muss, um die großen Stärken unseres Gesundheitssystems zu erhalten. Die Übernahme der Versorgung durch Finanzkonzerne und die damit verbundene Logik des Shareholder Value lehnen wir für die ambulante Versorgung ab. Die Gewinnerwartungen profitorientierter Anleger und Investoren dürfen nicht durch die Kassenbeiträge erfüllt werden.

Auch um dies zu verhindern, bedarf es einer Stärkung der zahnärztlichen, ärztlichen und psychotherapeutischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung benötigt Instrumente, um einer Zentralisierung der Versorgung in den Händen weniger Konzerne entgegenwirken zu können und sie benötigt das Vertrauen der Politik und die nötigen Handlungsspielräume, um die Berufsausübung in der ambulanten Versorgung für den Nachwuchs zu sichern und die freiberufliche Tätigkeit attraktiv zu halten.

Von diesem gemeinsamen Fundament getragen, positionieren wir uns in den folgenden – uns gemeinsam betreffenden – Punkten wie folgt:

Gemeinsame Positionen:

Stärkung der Freiberuflichkeit

Wir fordern geeignete Maßnahmen, um die Freiberuflichkeit in den Praxen zu stärken. Derzeit beobachten wir eher den gegenteiligen Trend: Freie Berufsausübung und Selbstständigkeit werden durch

zunehmende Regulierung eingeschränkt. Jüngstes Beispiel ist die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung. Das „Beauftragtenwesen“ steht in vielen Bereichen der Verantwortung des Praxisinhabers entgegen. Am Ende ist die Freiberuflichkeit aber der Garant für eine optimale Patientenversorgung. Für uns ist sie der „Goldstandard“.

Budgetierung und Regresse

Ende der leistungsfeindlichen Begrenzung von Leistungen in der GKV

Die Budgetierung der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen stammt aus einer Zeit, wo eine vermeintliche „Ärztenschwemme“ die Diskussion in der Politik geprägt hat. Heute stehen wir vor gänzlich anderen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund eines stetig steigenden ambulanten Behandlungsbedarfs bei zunehmender Bürokratie und damit einhergehender Reduzierung des Anteils der Behandlungszeit, muss die Politik Regelungen treffen, die Leistung belohnt und nicht bestraft. Auch im Interesse der Patienten ist es dringend geboten, die leistungsfeindlichen Begrenzungen von Leistungen in der GKV abzuschaffen.

Ende von Strafen für Ärzte/Zahnärzte bei Überschreitung von Budgets

Auch Regresse sind abzuschaffen, soweit sie auf Richtgrößen und intransparenten Vorgaben beruhen. Ärzte und Psychotherapeuten benötigen ebenso wie die Zahnärzte die Therapiefreiheit, um ihre Patienten nach dem Grundsatz der medizinischen Notwendigkeit optimal zu versorgen.

Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung

Seit vielen Jahren verliert die funktionale Selbstverwaltung auf Länderebene Gestaltungsspielräume. Wichtige Kompetenzen werden auf den Gemeinsamen Bundesausschuss übertragen. Hinzu kommt eine vom Gesetzgeber ausgeweitete Aufsicht, die mit Haftungsandrohung für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane und Sanktionen einhergeht. Lokale Probleme und Herausforderungen brauchen passgenaue Lösungen. Daher müssen unterschiedliche, gewachsene Strukturen eher durch

die Verlagerung staatlicher Aufgaben gestärkt, als durch gesetzgeberische Eingriffe geschwächt werden. Dazu braucht es mehr Handlungsfreiheit für die regionale Selbstverwaltung.

Damit unsere Mitglieder den Strukturwandel in der ambulanten Versorgung gestalten und die Herausforderungen der Digitalisierung meistern können, brauchen die Körperschaften zudem mehr Freiheiten, um echter Dienstleister für ihre Mitglieder sein zu können.

E-Health und Telemedizin

E-Health und Telemedizin verändern im Rahmen der Digitalisierung die Kommunikationsstrukturen des Gesundheitssystems. Darin liegen zum Teil auch Chancen für die Verbesserung der Versorgung, die konsequent genutzt werden müssen. Die Telemedizin kann die zahnärztliche, ärztliche und psychotherapeutische Expertise jedoch nicht ersetzen und dient lediglich als Hilfsmittel für die Versorgung. Damit die Chancen der Digitalisierung genutzt werden können, ist es von großer Bedeutung, dass die Bayerische Staatsregierung einen flächendeckenden, schnellen Internetzugang ermöglicht. Bei der Einführung der Telematikinfrastruktur ist es entscheidend, dass unsere Mitglieder nicht auf den Kosten sitzen bleiben und nicht für Versäumnisse von Kostenträgern und Industrie zur Rechenschaft gezogen werden. Ein direkter Zugriff der Krankenkassen auf die in den Praxen gespeicherten Daten ist völlig inakzeptabel und weder mit dem Datenschutz noch mit der ärztlichen Schweigepflicht vereinbar.

Qualitätssicherung

Wir setzen uns dafür ein, dass die ambulante Qualitätssicherung in der Hand der ärztlichen und zahnärztlichen Selbstverwaltung auf regionaler Ebene verbleibt. Bei der Qualitätssicherung legen wir größten Wert darauf, die Information und Beratung unserer Mitglieder selbst zu übernehmen und bei Problemfällen auch die Stellungnahmen der Praxen selbst einzuholen. Zentralisierungstendenzen und die Verlagerung der sektorenübergreifenden Qualitätssicherung auf bundesweit zuständige Institutionen lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Orientierung am stationären Sektor. Hier bedarf es einer stärkeren Differenzierung zwischen niedergelassenen Ärzten und Zahnärzten, die auch die Versorgung älterer, dementer und pflegebedürftiger Patienten zu Hause und in Pflegeheimen schultern, sowie den Kliniken.

Weniger Bürokratie in den Praxen

Um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, müssen wir dafür sorgen, dass möglichst viel Zeit für die Patienten zur Verfügung steht. Überbordende Bürokratie kostet wertvolle Arzt- und Zahnarztzeit. Daher bekennen wir uns zu echtem Bürokratieabbau als Daueraufgabe nicht nur der Gesundheitspolitik.

Fazit

Die bayerischen Vertrags(zahn)ärzte und Psychotherapeuten fühlen sich dem Wohl ihrer Patientinnen und Patienten verpflichtet. Eine Kommerzialisierung und „Industrialisierung“ der Medizin sind nicht mit dem Leitbild der Heilberufe vereinbar. Die Politik muss durch entsprechende Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass der freiberuflich tätige Arzt, Zahnarzt und Psychotherapeut weiterhin der erste Ansprechpartner des Patienten bleibt. Der Blick in andere Länder zeigt, wohin es führt, wenn Medizin und Zahnmedizin entweder alleine den Kräften des Marktes überlassen werden oder die staatliche Einflussnahme überhandnimmt. Freiberuflichkeit, freie Arztwahl und Therapiefreiheit – das sind die Eckpfeiler unseres Gesundheitssystems, das nach wie vor eines der besten der Welt ist.

Redaktion

Anzeige

CIRS dent
Jeder Zahn zählt

BUNDESZAHNÄRZTEKAMMER
KZVB
Kassenärztliche Bundesvereinigung

CIRS dent – Jeder Zahn zählt!
Das **Online Berichts- und Lernsystem** von Zahnärzten für Zahnärzte. Ein wichtiger Baustein für Ihr Praxis-QM mit mehr als 5400 Mitgliedern und ca. 150 Erfahrungsberichten im System.

Auf einen Blick:

- Berichtsdatenbank**
 - Alle Berichte zu kritischen Ereignissen anonymisiert einsehbar
 - Gezielte Suche nach einzelnen Berichten möglich
- Anonym berichten**
 - Sichere, vollständig anonyme Berichtsfunktion
 - Verschlüsselte Datenübertragung und -speicherung
 - Unabhängig von Interessen Dritter
- Feedback-Funktion**
 - Anonyme Veröffentlichung besonders praxisrelevanter kritischer Ereignisse
 - Nutzerkommentare
 - Diskussionsforum

www.cirsdent-jzz.de
Stand Dezember 2017